



„Wir wollen wissen, ob der theologische Dialog mit der Ditib weiter möglich ist“, sagt der Limburger Bischof Georg Bätzing. | Foto: kna

Kritik an Moscheeverband

Die deutschen Bischöfe wundern sich über ein **Gutachten der Türkei**. Sie sehen darin **problematische Aussagen** über das Verhältnis zum Christentum – wollen aber die Gespräche mit dem deutsch-türkischen Verband Ditib weiterführen.

VON CHRISTOPH ARENS

Der Putsch in der Türkei und die Politik von Staatschef Recep Tayyip Erdogan haben offenbar auch Auswirkungen auf den Dialog zwischen katholischer Kirche und türkischen Muslimen in Deutschland. Der Limburger Bischof Georg Bätzing sagte in Fulda, die Bischöfe seien „irritiert“ über ein Ende vergangenen Jahres von der türkischen Religionsbehörde Diyanet veröffentlichtes Gutachten zur Gülen-Bewegung, das auch problematische Aussagen über das Verhältnis zum Christentum enthalte und den Dialog infrage stelle.

Der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan beschuldigt den im US-amerikanischen Exil lebenden Prediger Fethullah Gülen, mit seinen Gefolgsleuten die türkischen Polizei- und Justizbehörden unterwandert und den Militärputsch im Juli 2016 angezettelt zu haben.

Der verlängerte Arm der Erdogan-Regierung

Die Unterkommission für interreligiösen Dialog der Bischofskonferenz habe deshalb schriftlich Fragen an den deutsch-türkischen Moscheeverband Ditib gestellt, der in enger Verbindung mit der türkischen Regierung und der Diyanet steht, erläuterte Bätzing bei der Herbstvollversammlung der deutschen Bischöfe. „Wir wollen wissen, ob der theologische Dialog mit der Ditib weiter möglich ist“, sagte

der Bischof, der Vorsitzender der Unterkommission ist. „Wir lassen den Gesprächsfaden mit der Ditib nicht abreißen, stellen aber kritische Fragen, weil uns manches irritiert.“ Inzwischen ist laut dem Limburger Bischof eine Antwort der Ditib eingetroffen, die noch ausgewertet und in den Dialog eingebracht werden müsse.

Die Ditib war über Jahre der Hauptansprechpartner unter den Muslimen für deutsche Politiker

und Kirchen, weil sie einen gemäßigten, türkisch beeinflussten Islam vertrat und die meisten Muslime in Deutschland aus der Türkei stammen. Im vergangenen Jahr war der deutsch-türkische Moscheeverband aber massiv in die Kritik geraten, weil er als verlängerter Arm der Erdogan-Regierung gesehen wurde. So sollen Ditib-Imame in Deutschland vermeintliche Anhänger der Gülen-Bewegung ausgespäht haben.

MEINUNG

Keine Zeit für Marionetten

Bringt es die christlich-muslimischen Beziehungen in Deutschland voran, wenn man mit Ditib im Gespräch bleibt? Den deutschen Bischöfen sollte ihre Zeit zu schade sein, wenn sie nur noch mit Marionetten des türkischen Staates sprechen.

Im Gespräch bleiben zu wollen, ist ein hehres Ziel – doch dieser Dialog muss äußerst kritisch überprüft werden. Die Entwicklungen in der Türkei mit willkürlichen Verhaftungen und

Bespitzelungen, die bis nach Deutschland reichen, dürfen nicht als Kavaliersdelikt abgetan werden.

Der Umgang mit der Moschee in der Nachbarschaft bleibt von dieser

Kerstin Ostendorf
Redakteurin
Bistumsprese

Debatte natürlich unberührt. Hier sollte man weiter den Kontakt suchen. Zwischen einer christlichen und einer muslimischen Gemeinde müssen gemeinsame Aktionen möglich sein. Das hilft, Vorurteile und Scheu abzubauen.

Der katholische Theologe und Leiter der von der Bischofskonferenz in Frankfurt betriebenen Christlich-Islamischen Begegnungs- und Dokumentationsstelle (CIBEDO), Timo Güzelmansur, erläuterte in Fulda, in dem Gutachten werde unterstellt, dass die Gülen-Organisation von Christen benutzt werde, um den Islam zu zerstören und junge Muslime für den christlichen Kulturkreis zu gewinnen. Zugleich rate das Papier unter Verweis auf den Koran den gläubigen Muslimen von einem freundschaftlichen Umgang mit Christen und Juden ab.

Die negative Haltung der türkischen Behörde

Der Islamreferent bei der Deutschen Bischofskonferenz, Helmut Wiesmann, sagte, diese negative Haltung der türkischen Religionsbehörde zum interreligiösen Dialog sei neu. Die Auseinandersetzung zwischen der türkischen Regierung und der Gülen-Bewegung werde sowohl politisch als auch theologisch ausgetragen und erreiche auch Deutschland. Dass die türkische Regierung dem Rechtsgutachten eine große Bedeutung beimesse, zeige sich daran, dass es in vier Sprachen auf der Internetseite von Diyanet veröffentlicht worden sei.

Das am 10. Oktober 2016 veröffentlichte Gutachten setzt sich aus 20 Einzelbeschlüssen des Hohen Rats für Religion zusammen. Der Rat ist die höchste religiöse Autorität in der Türkei. Die Anhänger der Gülen-Bewegung gelten in der Türkei als Staatsfeinde Nummer eins. Gülen bestreitet seine Beteiligung am Putsch. Er sagt, seine rund zehn Millionen Anhänger weltweit verfolgten nur religiöse Ziele.